# Gemeinschaftskund/Geschichte

A1:  Informiere Dich über die Möglichkeit/die Bedingungen, um in der Bundesrepublik Deutschland den sogenannten „Notstand“ ausrufen zu lassen (Notstandsgesetze, Notstandsverfassung).

1. Soll die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisensituationen sichern.
2. Deutschland darf den Notstand ausrufen wenn es ein Verteidigungsfall ist, ein innerer Notstand oder Katastrophenfall.

A2:  Prüfe, ob Notstandsmaßnahmen angesichts der Corona-Krise gerechtfertigt und verfassungsgemäß sind.

Deutschland, wie die ganze Welt, trifft Maßnahmen, um die Corona Krise einzudämmen. Ich bin persönlich der Meinung das man nicht gleich den Notstand ausrufen musst. Ein Notstand lässt die Menschen nur noch mehr in Panik ausbrechen. Es sterben jeden Tag Millionen von Menschen. Ist es im Krieg oder an Krankheiten. Man sollte nicht nur etwas gegen Corona tun, sondern auch gegen andere Probleme die vielen Menschen das Leben nehmen. Auch wird von vielen Wissenschaftlern und Studien vorhergesagt, dass die meisten Menschen Corona sowieso bekommen. Also finde ich sollte man nur das Risiko Gruppen, also die alten oder die mit Lungenproblemen, zuhause lassen und die anderen ihren ganz normalen Alltag fortführen lassen. Also ich finde man kann nach den Osterferien die Schule wiederbeginnen lassen. Die ersten zwei Wochen konnte ich noch verstehen und ich finde diese waren auch notwendig, um den Virus einzudämmen, aber ich glaube weiter lässt er sich nicht eindämmen. Und ich Halts langsam nicht mehr aus zuhause rumzuhängen.

A3:  Arbeitet heraus, wie diese Mechanismen zur Zeit der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus‘ funktionierten.

Weimarer Republik: Die Notstandsverfassung gab dem Reichspräsidenten die Möglichkeit, die parlamentarische Kontrolle zu umgehen und per Notverordnung zu regieren. Die gesetzgebende Gewalt des Parlaments wurde untergraben und die Macht an ein Präsidialkabinett verlagert. Das bedeutete das Aus für die Weimarer Republik.

Nationalsozialismus: Die Notstandsverfassung gab den Nationalsozialisten rechtliche Rückendeckung bei der Ausschaltung politischer Gegner. Zeitungen und Versammlungen konnten verboten werden und Gegner am Wahlkampf behindert werden. Zudem konnte die Gestapo Menschen in „Schutzhaft“ nehmen und sie in Konzentrationslager schicken.

.